

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

93. Ministerrat

3. April 2024

1. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 13. März 2024, mit dem ein Beschluss vom 22. Februar 2024 betreffend „Tierschutzgesetz, Planungssicherheit für die Schweinehaltung in Österreich“ vorgelegt wird.
2. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 15. März 2024, mit dem ein Beschluss vom 15. März 2024 betreffend „Österreichischer Stabilitätspakt; Sonderlimit für eine Neuverschuldung 2024“ vorgelegt wird.
3. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 15. März 2024, mit dem ein Beschluss vom 15. März 2024 betreffend „Konjunkturpaket Wohnraum und Bauoffensive“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 15. März 2024, mit dem ein Beschluss vom 15. März 2024 betreffend „Elementarpädagogik; Ausbildung des Personals“ vorgelegt wird.
5. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 15. März 2024, mit dem ein Beschluss vom 15. März 2024 betreffend „EU; Energieeffizienzrichtlinie (EED III)“ vorgelegt wird.
6. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 15. März 2024, mit dem ein Beschluss vom 15. März 2024 betreffend „Inklusion; Lohn statt Taschengeld: Inklusive Beschäftigung am Arbeitsmarkt (MRV 91/9)“ vorgelegt wird.
7. Schreiben der Landwirtschaftskammer Oberösterreich vom 14. März 2024, mit dem eine Resolution der Vollversammlung vom 13. März 2024 betreffend „Konjunkturpaket Landwirtschaftliche Bauoffensive“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 21. März 2024, mit dem ein Beschluss vom 21. März 2024 betreffend „Minderjährige Straftäter: Verstärkte Präventionsmaßnahmen, um Gewalt zu verhindern und Opfer wirksam zu schützen“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Bürgermeisters von Seeboden am Millstätter See vom 20. März 2024, mit dem eine Resolution vom 14. März 2024 betreffend „Die Kärntner Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand“ vorgelegt wird.
10. E 364-NR/XXVII.GP vom 20. März 2024 betreffend „Stakeholder-Prozess historische Schienenfahrzeuge“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 20. März 2024

betreffend Stakeholder-Prozess historische Schienenfahrzeuge

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Sinne des Erhalts der historischen, unter Denkmalschutz und im Eigentum des Bundes stehenden Schienenfahrzeuge, sowie im Sinne der Herstellung von Rechts- und Planungssicherheit die bereits initiierten Gespräche fortzusetzen und diese im Rahmen eines strukturierten Prozesses zu intensivieren, um eine Lösung anzustreben, die den Erhalt und die Rettung dieser historischen Schienenfahrzeuge bestmöglich sicherstellt.